

Plädoyer für die Selbstverwaltung

Positive Signale beim 58. Bayerischen Zahnärztetag

Prominente Fürsprecher hatten die bayerischen Zahnärzte zum Auftakt des 58. Bayerischen Zahnärztetages in München. Bayerns Gesundheitsministerin Melanie Huml bekannte sich beim Festakt ausdrücklich zur Selbstverwaltung. Der Präsident der Bundeszahnärztekammer, Dr. Peter Engel, sprach sich für eine Anpassung der GOZ aus.

Die CSU-Politikerin erinnerte in ihrer Rede an das „Gesetz über die Berufsvertretung der Ärzte, Zahnärzte, Apotheker und Tierärzte“ (Ärztegesetz), das in diesem Jahr 90 Jahre alt wurde. Dadurch sei in Bayern der Grundstein für die heilberufliche Selbstverwaltung in Form von Heilberufekammern gelegt worden. „Wir sind froh, dass wir Sie als Selbstverwaltung haben“, sagte Huml bei der Eröffnung des zweitägigen Fortbildungskongresses an die Adresse der Bayerischen Landes Zahnärztekammer, die Anfang 2018 ebenfalls ihren 90. Geburtstag feiert. Sie zitierte aus einem Pressestatement der bayerischen Heilberufekammern, in dem es unter anderem heißt: „Die heilberufliche Selbstverwaltung hat Zukunft!“ Huml: „Das ist voll und ganz meine Meinung.“

Rückkehr zur Sachlichkeit

Ein Lob hatte die Gesundheitsministerin auch für die neue Vorstandschaft der Kassenzahnärztlichen Vereinigung Bayerns parat. Die Vergütungsvereinbarung mit der AOK Bayern sei „der Beleg für eine sachliche und ergebnisorientierte Zusammen-



Bayerns Gesundheitsministerin Melanie Huml lobte die beiden zahnärztlichen Körperschaften.



Der Präsident der Bundeszahnärztekammer, Dr. Peter Engel, forderte eine Anpassung der GOZ.

arbeit“. Überdies hätten KZVB und AOK „viele strittige Punkte aus der Vergangenheit geklärt“, so Huml vor etwa 350 geladenen Gästen aus Politik, Gesundheitswesen und Wissenschaft.

Approbationsordnung bleibt auf Agenda

Auf dem Weg zu einer neuen Approbationsordnung für Zahnärzte sicherte die CSU-Politikern ebenfalls ihre Unterstützung zu. „Wir brauchen eine moderne Ausbildungsordnung. Die Gesundheitsminister der Länder halten die Novelle ebenso wie die zahnärztliche Berufsvertretung für überfällig“, betonte sie in ihrer Ansprache. Huml bedauerte, dass der Ausschuss für Kulturfragen des Bundesrats gegen die Stimmen Bayerns und Baden-Württembergs den vom Bundeskabinett beschlossenen Entwurf abgelehnt habe, versicherte aber gleichzeitig: „Die neue Approbationsordnung steht weiter auf der bayerischen Agenda.“ (Anm. d. Red.: Nachdem der Bundesrat in seiner Sitzung vom 3. November die Abstimmung über die Approbationsordnung für Zahnärzte vertagt hat, erscheint die Reform inzwischen fraglicher denn je.)

Nicht mit zweierlei Maß messen

Der Präsident der Bundeszahnärztekammer, Dr. Peter Engel, kündigte an, zeitnah eine „politische Initiative“ zu starten, um den Punktwert der GOZ anzupassen. Engel: „Dass die Gesundheitspolitik den Zahnärzten eine Anpassung der GOZ an die



Verantwortliche und Kooperationspartner des 58. Bayerischen Zahnärztetages (v.l.): Christian Berger, Präsident der BLZK und Vorsitzender des Vorstands der KZVB, Dr. Stefan Liepe, Geschäftsführer des Bundesverbandes der implantologisch tätigen Zahnärzte in Europa, Prof. Dr. Meike Stiesch, Präsidentin der Deutschen Gesellschaft für Prothetische Zahnmedizin und Biomaterialien, Dr. Rüdiger Schott, Vizepräsident der BLZK und stellvertretender Vorsitzender des Vorstands der KZVB, und Dr. Manfred Kinner, Mitglied des Vorstands der KZVB

betriebswirtschaftliche Entwicklung vorenthält, ist und bleibt ein Skandal! In letzter Zeit wurden die Gebührenordnungen von Rechtsanwälten und Tierärzten angepasst und die Gebührensätze angehoben – jeweils mit der Begründung, dass man diese Berufsgruppen nicht von der wirtschaftlichen Entwicklung entkoppeln darf. Und das soll für Zahnärzte nicht gelten?“

Kritisch setzte sich Engel in seiner Rede auch mit der Kapitalbeteiligung internationaler Investoren an Medizinischen Versorgungszentren auseinander. Oberstes Ziel der Kapitalgeber sei eine optimale Rendite des eingesetzten Kapitals. „Am Ende kann in dieser Konstellation das Vertrauensverhältnis zwischen Zahnarzt und Patient nur leiden. Es kann nicht angehen, dass Kaffee- und Schokoladenfirmen die Geldgeber für unseren Berufsstand sind. Hier muss die Politik dringend regulierend eingreifen“, betonte der Präsident der Bundeszahnärztekammer.

Grundprinzipien beibehalten

„Mit Befremden“ beobachtete die Bundesorganisation, wie der Gemeinsame Bundesausschuss (G-BA), das oberste Beschlussgremium der gemeinsamen Selbstverwaltung, „von den Grundprinzipien der Subsidiarität, Freiberuflichkeit und Eigenverantwortlichkeit wegbewegt werden soll“. Stattdessen sei immer häufiger die Rede von Effizienzsteigerung, Kostenminimierung und Einschränkung der Selbstverwaltung. Engel: „Ich rufe die Politik dazu auf, dringend auf die ursprüngliche Trennung von Rechtsaufsicht und Fachaufsicht im Sinne von Freiberuflichkeit und Eigenverantwortlichkeit zu achten. Sonst droht uns letztendlich die Entmündigung unserer ärztlichen Kompetenz.“

Thomas A. Seehuber

Steht die alte Weltordnung vor dem Zerfall?

Dass der 45. Präsident der Vereinigten Staaten zugleich einer der umstrittensten Akteure auf der internationalen Bühne ist, machte der ehemalige US-Diplomat John Kornblum als Festredner des 58. Bayerischen Zahnärztetages deutlich. „Donald Trump hat keine Ideologie, seine Politik ist eine Inszenierung“, sagte der frühere US-Botschafter in Berlin.

Symptom statt Ursache

Trump sei freilich kein Einzelfall. Auch in Europa bekämen Populisten immer mehr Zulauf. Trotzdem ist der Populismus nach Meinung von Kornblum „nur ein Symptom und nicht die Ursache“ für den gegenwärtigen Wendepunkt im weltpolitischen Geschehen. „Wir leben in einer Zeitenwende, in der sich Teile der Gesellschaft ausgestoßen fühlen. Der Gesellschaftsvertrag der Nachkriegszeit droht zu zerfallen“, warnte er in seiner Festrede unter dem Titel „Die atlantische Welt in einer Zeit des dramatischen Wandels“.



Foto: BLZK

Der frühere US-Botschafter John Kornblum sah in seiner Festrede die Nachkriegsordnung der westlichen Welt bedroht.

Als mögliche Ursachen nannte Kornblum die digitale Revolution und die wirtschaftlichen Folgen der Globalisierung. Der ehemalige Spitzendiplomat sprach zudem von einer „Phase der Emotionalität“, in der Fakten offenbar eine untergeordnete Rolle spielen: „Wir kommen in eine postrationale Zeit, in der Emotionen die Vernunft ersetzen.“ Populisten wie Trump hätten sich diese Entwicklung – begünstigt durch die sozialen Medien – zunutze gemacht, indem sie einfache Antworten auf komplexe Fragestellungen lieferten.

Um der Verunsicherung in der Bevölkerung entgegenzuwirken und die Herausforderungen der Zukunft zu meistern, riet Kornblum: „Wir müssen versuchen, unsere Werte in die digitale Welt zu verpflanzen. Dann können wir eine neue Art von transatlantischer Allianz schaffen.“ Voraussetzung sei jedoch eine engere Zusammenarbeit zwischen Europa und den USA.

Thomas A. Seehuber